

AUSGABE 8 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Hilfe für Menschen aus Afghanistan

Milliarden für Klimaschutz nötig

Städte wollen 2G-Regelung
für Freizeitbereich

Pakt der Freien Städte

AUS DEN STÄDTEN

Pfandretter helfen Oldenburg

Fürth ist Hauptstadt des fairen
Handels

Glasfaserausbau beschleunigt
Darmstadt

FORUM

Bremerhaven kauft Kaufhaus:
Innenstadtentwicklung aktiv managen

FACHINFORMATIONEN

World Mayor Award für
Mannheimer OB

PERSONALIEN

Städte wollen schutzbedürftigen Menschen aus Afghanistan helfen



Eine Spielgruppe für Flüchtlingskinder in der Henkel-Teroson-Straße in Heidelberg. Die Stadt will afghanische Ortskräfte und weitere schutzbedürftige Afghaninnen und Afghanen aufnehmen und hat sich einem Aufruf des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ angeschlossen, zu dessen Gründungsmitgliedern die Stadt gehört. (Foto: www.ch-buck.de)

„Viele der jetzt verfolgten Menschen haben sich in den vergangenen Jahren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung,
Präsident des Deutschen
Städtetages

Die Städte in Deutschland rechnen mit einem weiteren Zuzug geflüchteter Menschen aus Afghanistan. Sie sind besorgt, weil nach der Machtübernahme durch die islamistischen Taliban in Afghanistan eine humanitäre Katastrophe droht – so warnt UNHCR, das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte nach einer Präsidiumssitzung des kommunalen Spitzenverbandes in Heidelberg:

„Es ist ein Drama, was in Afghanistan geschehen ist. Die Städte sind bereit, Ortskräfte, deren Familien und weitere schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Wir wollen damit ein Zeichen von Menschlichkeit setzen und Verantwortung übernehmen. Viele der jetzt verfolgten Menschen haben sich in den vergangenen Jahren für Demokratie und Rechtsstaatlich-



keit eingesetzt. Viele befinden sich wegen der Zusammenarbeit mit deutschen Stellen in Gefahr.“

Die Städte appellieren an den Bund, möglichst frühzeitig über neue Fluchtbewegungen zu informieren. Denn sie müssten wissen, was auf sie zukommt: „Damit wir uns in den Städten um die Unterkünfte für die Geflüchteten kümmern können und dann um die Integration in die Stadtgesellschaft“, so Jung.

Viele Städte haben Bund und Länder aufgefordert, großzügige und unbürokratische Aufnahmeprogramme für schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan zu entwickeln, um ihnen die Chance auf ein Leben in Deutschland zu bieten. Der Städtetag appelliert an Bund und Länder, die aufnahmebereiten Städte bei der Verteilung besonders zu berücksichtigen. Besonders wichtig ist es auch, die an Afghanistan angrenzenden Staaten zu unterstützen, damit die dorthin geflüchteten Menschen versorgt und untergebracht werden können. Hier müsse sich der Bund deutlich stärker engagieren, um ein Flüchtlingsdrama zu verhindern, betonte Jung.

Der Städtetagspräsident übte klare Kritik: „Ich halte es für einen Ausdruck des politischen Versagens, dass die internationale Staatengemeinschaft und die Bundesregierung die bevorstehende Machtübernahme der Taliban nicht haben kommen sehen. Viele schutzbedürftige und gefährdete Menschen müssen nun in Afghanistan ausharren. Und es ist sehr bitter, dass nach 20 Jahren auch deutschen Engagements Afghanistan nun weit zurückgeworfen ist. Jetzt stehen wir vor einem Scherbenhaufen, jetzt werden Rechte von Frauen mit Füßen getreten, jetzt droht eine humanitäre Katastrophe. Diese Entwicklung hätte doch verhindert werden müssen – durch alle beteiligten Partner unter Führung der USA. Jetzt richten wir den dringenden Appell an die internationale Staatengemeinschaft, eine humanitäre Katastrophe und ein Flüchtlingsdrama in Afghanistan und den angrenzenden Staaten zu verhindern.“

Beschlüsse des Präsidiums

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat in seiner Sitzung am 28. September 2021 in Heidelberg unter anderem zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- Forderungen und Erwartungen an die neue Bundesregierung
- Weitere Strategie in der Coronapandemie
- Diskussionspapier Zukunft kommunaler Klimaschutz
- Flüchtende aus Afghanistan
- Fortführung der internationalen Städteplattform „Connective Cities“

Die Beschlüsse sind abrufbar unter:

➔ www.staedtetag.de/positionen/beschluesse

TITELFOTO

Riesen-Thermoskanne für Heidelberg

20.000 m³ Wasser passen in den 55 Meter hohen Energie- und Wärmespeicher, der aktuell in Heidelberg gebaut wird. Der Speicher funktioniert wie eine überdimensionale Thermoskanne: Wenn bei der Stromerzeugung in überschüssigen Mengen heißes Wasser entsteht, wird es dort mit maximal 115 Grad Celsius eingelagert. In kalten Zeiten gibt der Speicher es dann wieder ab. Auf dem Dach ist zudem eine begehbare Terrasse geplant, außerdem Gastronomie und ein Veranstaltungsraum für 200 Menschen.

➔ www.swhd.de/energiespeicher

(Rendering: Stadtwerke Heidelberg)

Klimaschutz: Städte fordern Milliardenbetrag von Bund und Ländern

Die deutschen Städte sehen alle politischen Ebenen und die gesamte Gesellschaft gefordert, den Klimaschutz voranzutreiben. Die Städte sind bereit, zügig auf Klimaneutralität hinzuarbeiten und dafür umfangreiche Maßnahmen umzusetzen. Das machte der Deutsche Städtetag nach Beratungen seines Präsidiums in Heidelberg deutlich. Der kommunale Spitzenverband fordert Bund und Länder auf, den Städten die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu geben, um die Ziele der Klimaneutralität zu erreichen.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte am 28. September in Heidelberg: „Klimaschutz ist in Deutschland eine Aufgabe von nationaler Tragweite. Wir alle müssen uns dafür engagieren, unseren Planeten Erde zu erhalten. Viele Städte wollen schon vor 2045 klimaneutral werden. Vor Ort wird Klimaschutz gemacht, mit Konzepten und Investitionen. Allerdings sind die Kommunen gefesselte Treiber im Klimaschutz. Wir brauchen dringend schnellere Planungs-

und Genehmigungsverfahren. Wir brauchen den Vorrang für den raschen Ausbau erneuerbarer Energien. Und wir brauchen mehr Tempo beim energieeffizienten Bauen und Sanieren und eine Mobilitätswende.

Damit wir schneller vorankommen, brauchen wir auch Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr für kommunalen Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen wie Hochwasser, Starkregen und Hitze. Die Städte wollen mit Schwung und Perspektive in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren und nicht länger um jeden zusätzlichen Euro kämpfen.“ Der Bund müsse die Klimaanpassung im Klimaschutzgesetz fest verankern, so Lewe weiter. Diese elementare Aufgabe müsse auf allen Ebenen mit mehr Nachdruck verfolgt werden.

Der Klimawandel führt zu erhöhten Risiken für die Menschen in fast allen Städten und für deren kommunale Infrastruktur. Deshalb sei es jetzt wichtig, dass die Städte ihre Rolle beim Klimaschutz ausbauen können, betonte Lewe: „Wir brauchen mehr Anreize, damit die Menschen ihr Verhalten ändern: umsteigen

Bahnstadt in Heidelberg mit Passivhäusern, Dachbegrünungen und klimaangepasster Bepflanzung (Fotos: ww.ch-buck.de)



auf nachhaltigere Verkehrsmittel, in Energieeffizienz investieren oder erneuerbare Energien nutzen. Klimafreundlichere Alternativen müssen sich lohnen. Der CO₂-Preis sollte deshalb rasch auf mindestens 50 Euro je Tonne Kohlendioxid steigen. Damit es keine soziale Schieflage gibt, braucht es dabei einen klugen Ausgleich für die Verbraucherinnen und Verbraucher und günstigere Preise für grünen Strom.“



Städte fordern 2G-Regelung für den Freizeitbereich

Die Städte haben die Länder zu klaren Vorgaben aufgefordert, damit die 2G-Regelung für sensible Tätigkeitsbereiche zur Vorschrift wird. Außerdem müssten mehr Menschen vom Sinn und der Notwendigkeit der Corona-Schutzimpfungen überzeugt werden. Nicht zuletzt solle in vielen Freizeitbereichen landesweit die 2G-Regelung gelten. Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, sagt dazu am 29. September gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa).

„Wir begrüßen, dass Arbeitgeber den Impfstatus in sensiblen Berufen, in denen besonders schutzbedürftige Menschen betreut werden, abfragen dürfen. Als Städte gehen wir aber noch einen Schritt weiter: Wir erwarten, dass sich die Beschäftigten im pädagogischen Bereich, zum Beispiel in Kitas, Schulen und Wohngruppen, aber auch in Krankenhäusern und in der Pflege impfen lassen. Und wir erwarten von den Ländern, dass 2G für das Personal zur Voraussetzung gemacht wird, um zum Beispiel in Schulen und Kitas hineinzukommen. Denn das Impfen ist und bleibt der Schlüssel, damit wir die Pandemie besiegen.“

Wir müssen alles tun, um noch mehr Menschen fürs Impfen zu motivieren und die Impfquote zu steigern. Wir appellieren deshalb an alle Länder, 2G-Regelungen für den Freizeitbereich zu treffen. Das schafft mehr Sicherheit und Normalität für ganz viele Menschen. Und das kann die Gefahr für Infektionen bei Kindern reduzieren. Denn es sind die Kinder unter zwölf Jahren, die noch nicht geimpft werden können. Wir müssen damit rechnen, dass im Herbst und Winter die Zahl der Corona-Infektionen steigt, vor allem bei Ungeimpften. Wir wollen aber auf keinen Fall, dass dann wieder Schulen und Kitas geschlossen werden müssen. Wir brauchen 2G für den Freizeitbereich, zum Beispiel fürs Kino, für Clubs, Konzerte oder fürs Fitnessstudio. Einige Länder machen es schon vor, alle anderen sollten folgen.

Wir sollten alles tun, um durch eine höhere Impfquote und 2G vor allem Kinder und kranke oder pflegebedürftige Menschen zu schützen. Dann kommen wir auch gut durch den Winter. Dann können wir uns wieder mehr Normalität erlauben und auch Weihnachtsmärkte besuchen. Und dann können wir wahrscheinlich im nächsten Frühjahr die Pandemie weitgehend hinter uns lassen.“

Städtetag unterstützt internationale Initiative Pakt der Freien Städte

Der Deutsche Städtetag unterstützt den „Pakt der Freien Städte“. Die Städte wollen ein klares Zeichen setzen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Initiative von europäischen Bürgermeistern haben sich am 16. September anlässlich des Budapest Forums „Building Sustainable Democracies“ auch fünf deutsche Stadt-oberhäupter angeschlossen: OB Peter Feldmann (Frankfurt am Main), OB Peter Kurz (Mannheim), OB Frank Nopper (Stuttgart), OB Gunter Czisch (Ulm), OB Katrin Albsteiger (Neu-Ulm). Viele weitere Stadtspitzen erklären sich mit den Zielen der Initiative solidarisch. Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages sagte:

„Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundwerte des friedlichen Zusammenlebens und des Zusammenhalts in Europa. Der ‚Pakt der Freien Städte‘ zeigt, was Städten und den Menschen, die dort leben, wichtig ist und wofür sie sich einsetzen. Diese städtische Diplomatie kann zusammenhalten, was zusammengehört, gerade in Zeiten zunehmender Differenzen auf nationaler Ebene.“

Die europäische Idee braucht kraftvolle Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Die Städte

Europas stehen ein für die europäischen Werte. Ich freue mich, dass der Deutsche Städtetag als weltweit erster kommunaler Spitzenverband den ‚Pakt der Freien Städte‘ unterstützt, gegründet von den Bürgermeistern der Städte Prag, Bratislava, Warschau und Budapest. Wir wollen ein klares Zeichen setzen: für Rechtsstaatlichkeit, für freie Meinungsäußerung, für die Wahrung der Frauenrechte, für den Schutz von Minderheiten. Und für die kommunale Selbstbestimmung. Denn die Städte sind Orte der Demokratie. Hier wird die Zukunft Europas gestaltet.

Die anstehenden Herausforderungen können wir nur gemeinsam meistern. Beim Klimawandel, der nachhaltigen Stadtentwicklung und Integration kommen wir nur gemeinsam voran. Nationalistische Tendenzen oder das Beschneiden der freien Meinungsäußerung gefährden diese Ziele. Die deutschen Städte unterstützen deshalb das starke Zeichen für die europäischen Werte, das vom Pakt der Freien Städte ausgeht.“

Informationen zum Budapest Forum:

➔ <https://budapestforum.org>

„Städtische Diplomatie kann zusammenhalten, was zusammengehört, gerade in Zeiten zunehmender Differenzen auf nationaler Ebene.“

Oberbürgermeister
Burkhard Jung,
Präsident des Deutschen
Städtetages



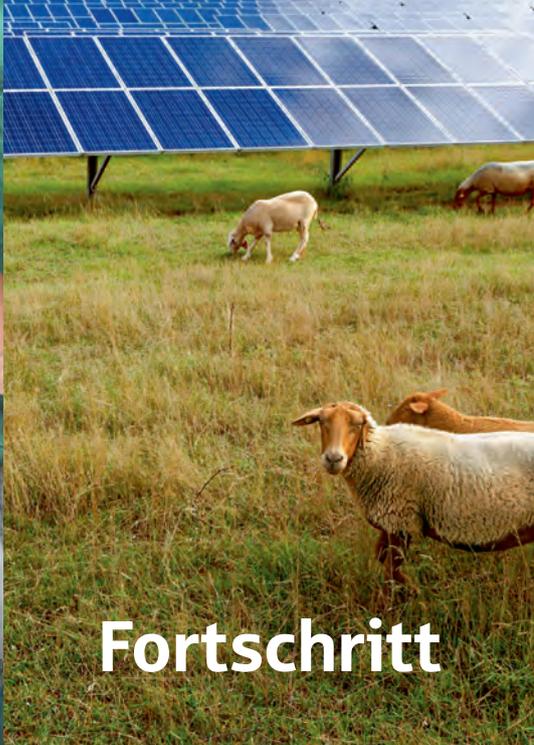
Foto: Michael Bader



Zuversicht



Chancen



Fortschritt



Freiraum



Miteinander



Stabilität

Weil's um mehr als Geld geht.

Seit unserer Gründung prägt ein Prinzip unser Handeln: Wir machen uns stark für das, was wirklich zählt. Für eine Gesellschaft mit Chancen für alle. Für eine ressourcenschonende Zukunft. Für die Regionen, in denen wir zu Hause sind. Mehr auf [sparkasse.de/mehralsgeld](https://www.sparkasse.de/mehralsgeld)



Sparkasse



Oberbürgermeister Uwe Richrath aus Leverkusen nimmt den Award für recyclingpapierfreundlichste Stadt entgegen (Foto: BMU Sascha Hilgers)

Leverkusen gewinnt Papieratlas 2021

Leverkusen ist als recyclingpapierfreundlichste Stadt ausgezeichnet worden. Den Preis dafür, den Papieratlas 2021, hat das Bundesumweltministerium in Berlin am 5. Oktober 2021 verliehen. „Aufsteiger des Jahres“ ist die Stadt Oberhausen. Die Stadt Solingen erhielt eine Sonderauszeichnung für langjähriges vorbildhaftes Engagement.

Der Papieratlas wird einmal im Jahr von der Initiative Pro Recyclingpapier, dem Bundesumweltministerium, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Hochschulverband vorgestellt. Auszeichnungen gibt es neben den Städten auch für die recyclingpapierfreundlichsten Landkreise und Hochschulen.

Der Papieratlas bildet den Papierverbrauch und den Anteil von Papier mit dem Blauen Engel in deutschen Städten, Landkreisen und Hochschulen ab. Die 103 Groß- und Mittelstädte stellen mit über 92 Prozent Recyclingpapier einen neuen Rekord auf. Am Landkreiswettbewerb beteiligten sich erstmals 67 Landkreise, die durchschnittlich 84 Prozent Blauer-Engel-Papier nutzen. Die 50 Hochschulen steigern ihre Recyclingpapierquote auf 78 Prozent.

➔ www.papieratlas.de



Dr. Julia Figura (Finanz- und Beteiligungsdezernentin) und Volker Schneider-Kühn (Leiter Abfallwirtschaftsbetriebe) (Foto: Stadt Oldenburg)

Oldenburg setzt auf „Pfandretter“

Damit Pfandflaschen und -dosen nicht einfach im Müll landen, gibt es in Oldenburg seit einigen Tagen sogenannte Pfandretter an öffentlichen Müllkörben. In den Ringen aus robustem Stahl ist Platz für bis zu zwölf Getränkeflaschen oder Dosen. Die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) der Stadt wollen für ein Jahr testen, ob dadurch weniger Flaschen und Dosen in Grünanlagen und auf den Straßen landen.

➔ www.oldenburg.de



Maschinen wie diese bringen das Glasfaserkabel in den Boden. (Foto: Klen&Sohn/ENTEKA AG)

Fürth ist Hauptstadt des fairen Handels

Die Stadt Fürth ist „Hauptstadt des Fairen Handels“ 2021. Die Stadt ging unter 118 bundesweiten Bewerbern als Siegerkommune hervor. Grund für den Preis sind das konsequente faire Beschaffungswesen der Stadtverwaltung von der Arbeitskleidung bis zum Kaffee, aber auch Stadtführungen zu fairem Handel und die Zertifizierung von Einrichtungen – von der fairen Kita bis zur fairen Schule. Allein im Jahr 2020 investierte Fürth 1,3 Millionen Euro Steuergelder in nachhaltig produzierte Waren. Der Preis ist mit 60.000 Euro dotiert.

➔ <https://t1p.de/hauptstadt-des-fairen-handels>

Glasfaserausbau in Darmstadt gestartet

Die Wissenschafts- und Digitalstadt Darmstadt bekommt in weiten Teilen ein modernes Glasfasernetz. In den kommenden zwei Jahren sollen zunächst zahlreiche Gewerbeschgebiete und Schulen an das Glasfasernetz des örtlichen Energieversorgers ENTEKA angeschlossen werden. Außerdem ist bis Mitte 2024 der Anschluss von rund 13.000 Darmstädter Wohnungen der Bauverein AG an das Hochgeschwindigkeitsnetz geplant. Bis 2030 sollen laut Stadt 90 Prozent der Haushalte mit Lichtgeschwindigkeit surfen können.

➔ www.entega.de/glasfaser-darmstadt



Preisverleihung an die Stadt Fürth
(Foto: Steffen Oliver Riese)

Innenstadtentwicklung aktiv managen

Von Melf Grantz

Bremerhaven nimmt mit rund 120.000 Einwohnern als größte deutsche Stadt an der Nordseeküste eine entscheidende Rolle als Oberzentrum für den Weser-Elbe-Raum und die nordwest-niedersächsische Region ein. Im Marktgebiet des Bremerhavener Einzelhandels leben etwa 400.000 Menschen mit einem einzelhandelsrelevanten Nachfragepotenzial von ca. 1,8 Milliarden Euro. Das sind die Rahmendaten einer Stadt, in deren Zentrum nach wie vor der Einzelhandel eine bedeutende Leitfunktion hat.

Dann kam die Pandemie. Sie hat auch in Bremerhaven den Druck auf eine progressive Innenstadtentwicklung erhöht. Unübersehbarer Ausdruck dieser Lage waren die

Schließungsankündigungen der Filialen von Karstadt, von Saturn und anderen. Als besonders misslich habe ich es empfunden, dass die Unternehmen bedauerlicherweise keinerlei Kontakt zu den Stadtverantwortlichen suchten, sondern ganz offensichtlich ihre Entscheidungen nur vom grünen Tisch aus treffen. Vielfach stehen hinter den Filialisten mittlerweile vorwiegend seelenlose Fondsgesellschaften, denen gesellschaftliche Verantwortung fremd ist.

Dennoch habe ich mich immer wieder um Gesprächstermine bemüht, um die Möglichkeiten entweder der Weiterführung der Filialen zu erreichen oder um neue Lösungen zu suchen. Denn wir können die Entwicklung unserer Innenstädte nicht den Finanzjongleuren überlassen. Als klar war, dass die Karstadtfiliale in Bremerhaven geschlossen wird, habe ich, mit politischer Unterstützung der Stadtverordnetenfraktionen versucht, zu eruieren, ob die neuen Eigentümer eigene Entwicklungsvorstellungen haben oder, wenn nicht, Grundstück und Gebäude für die Stadt bereit sind zu verkaufen.

Die besondere Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass wir es in diesem Fall tatsächlich mit einer international agierenden Finanzgruppe zu tun hatten, die kein Interesse hat, eine Immobilie wie das ehemalige Karstadthaus zu entwickeln. Meiner Einschätzung nach ist für diese Art von Investmentunternehmen das Geschäft, Produkte so zu strukturieren, dass sie eventuell in neuen Konstellationen im Wert steigen, man kann das auch reales Monopoly nennen. Um mit solchen Unternehmen auf Augenhöhe verhandeln zu können, bedarf es international erfahrener Partner.

Wir hatten das Glück, dass es über die Verbindungen unserer Weser-Elbe-Sparkasse gelungen ist, die Expertise solcher erfahrenen Partner nutzen zu können. Nur so konnten wir das Geschäft erfolgreich abschließen. Denn man muss sich klarmachen, dass nach der Schließung unseres und anderer Karstadthäuser als ein Portfolio an ein



Foto: PhelinaHanke

„... wir können die Entwicklung unserer Innenstädte nicht den Finanzjongleuren überlassen.“

Melf Grantz
Oberbürgermeister
Bremerhaven



Statt des in die Jahre gekommenen Karstadtkomplexes schlägt das Architekturbüro von Andreas Heller ganz neue zusammenhängende Einzelbauten vor. (Visualisierung: Andreas Heller)

Investmentunternehmen verkauft wurden. Mit diesem waren wir in aus meiner Sicht aussichtsreichen Verhandlungen, als von der anderen Seite plötzlich gesagt wurde, tut uns leid, wir konnten fast das gesamte Portfolio mit Häusern an mehreren Standorten zu einem sehr guten Preis verkaufen. So wanderte auch die Bremerhavener Immobilie gemeinsam mit anderen zu einem neuen Investmentfonds. Mir war es wichtig, dass wir jetzt das Objekt für die Stadt erwerben, bevor es in einem möglicherweise neu zusammengesetzten Portfolio weiterveräußert würde, was den Preis für die Bremerhavener Immobilie womöglich noch hätte steigen lassen mit der Folge von Entwicklungsstillstand mitten in der City.

Der Stadt Bremerhaven bietet sich mit dem (teuren) Erwerb der Immobilie die einmalige Chance, diese exponierte Innenstadtlage nachhaltig zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist der Rückbau der abgängigen Immobilie. Mit der Entwicklung und Umsetzung eines zukunftsweisenden städtebaulichen Konzeptes, einhergehend mit einer nachhaltigen Architektursprache und einer anziehenden Nutzungsmischung, wird es

gelingen, eine deutliche Attraktivitätssteigerung der Bremerhavener Innenstadt auch gegenüber dem „Vor-Corona Zustand“ zu erreichen. Der Entwicklungsprozess für das Areal um das Karstadt- und das benachbarte Eulenhofgrundstück soll durch eine Gestaltungswerkstatt begleitet werden. Wir haben bereits einen potenziellen Investor bereitstellen, der mit Andreas Heller Architects & Designers erste konzeptionelle Ideen für eine multifunktionale Bebauung und Nutzung des ehemaligen Karstadt-Areals sowie des Umfelds entwickelt hat.

Mit der parallelen Entwicklung eines integrierten Innenstadtkonzepts mit umfassender Bürgerbeteiligung unter dem Motto www.innenstadt-neu-denken.de können wir nun Flächen vollkommen neu ordnen, die mit neuen Qualitäten zum Beispiel mit grünen parkähnlichen Bereichen, neuen Blickachsen und neuen Funktionen die Attraktivität unserer Innenstadt deutlich erhöhen. Der gerade begonnene Prozess bekommt nun neuen Auftrieb.

Melf Grantz
Oberbürgermeister Bremerhaven



World Mayor Award 2021 für Mannheimer OB Dr. Peter Kurz

Die City Mayor Foundation hat Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister aus Mannheim und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, für sein Engagement und seine internationale Zusammenarbeit mit Städten auf der ganzen Welt ausgezeichnet. Gegenüber dem Mannheimer Morgen sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy:

„Städtische Kontakte sind Motor internationaler Kooperation. Das hat Dr. Peter Kurz mit seinem Wirken als Oberbürgermeister von Mannheim und im Präsidium des Deutschen Städtetages immer wieder unter Beweis gestellt. Die Auszeichnung mit dem World Mayor Award ist eine große Anerkennung, zu der wir ihm herzlich gratulieren.“

Dedy sagte weiter: „Der Einsatz für die Städte in Europa als Delegierter des Deutschen Städtetages im Ausschuss der Regionen und die globalen Kontakte, die er als Stadtoberhaupt seiner Heimatstadt geknüpft hat, zahlen sich auch lokal aus. Denn die Städte in aller Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen: Etwa in der Corona-Pandemie, im Umgang mit dem Klimawandel oder bei der nachhaltigen Stadtentwicklung.“

Dr. Peter Kurz ist für den Deutschen Städtetag auch Mitglied im Städtenetzwerk UCLG – United Cities and Local Governments.



Foto: Stadt Mannheim

Smart Country Convention lädt virtuell nach Berlin

Die Smart Country Convention findet in diesem Jahr erneut rein virtuell statt. Auf dem Programm am 26. und 27. Oktober stehen Vorträge, Paneldiskussionen, Best Practices und digitale Trends. Teilnehmende können die Veranstaltung im Livestream oder hinterher on Demand verfolgen. Zahlreiche Rednerinnen und Redner haben ihre Teilnahme zugesagt darunter Margrethe Vestager, EU-Kommissarin für Wettbewerb und Digitales. Der Deutsche Städtetag ist Partner der Smart Country Convention.

➔ www.smartcountry.berlin

Neu im Amt



Braunschweig: Neuer Oberbürgermeister von Braunschweig wird **Thorsten Kornblum**. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an. Er folgt auf Ulrich Markurth (SPD), der die Geschicke der Stadt seit sieben Jahren leitet und nicht mehr zu Wahl antrat. Markurth engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Oliver Saul

Delmenhorst: **Petra Gerlach** (CDU) wird am 1. November die Nachfolgerin von Oberbürgermeister Axel Jahnz. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Delmenhorst und hatte bei der Wahl nicht erneut kandidiert.



Foto: privat

Goslar: In Goslar wurde **Urte Schwerdtner** zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt. Die Sozialdemokratin tritt ihr Amt am 1. November an und folgt auf Dr. Oliver Junk. Der Christdemokrat leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt Goslar.



Göttingen: **Petra Broistedt** wurde in Göttingen zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt. Die Sozialdemokratin übernimmt ihr Amt am 1. November. Sie folgt auf Rolf-Georg Köhler (SPD), der nach sieben Jahren Amtszeit nicht mehr zur Wahl angetreten war.



Foto: Stadt Fulda

Hessischer Städtetag: Zum neuen Präsidenten des Hessischen Städtetages wurde **Dr. Heiko Wingefeld**, Oberbürgermeister von Fulda, gewählt. Der Christdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt Fulda. Er folgt auf Christian Geselle (SPD), der seit 2019 das Präsidentenamt innehatte und nun 1. Vizepräsident des Verbandes ist. Christian Geselle leitet seit 2017 die Geschicke der Stadt Kassel und wirkt seit 2017 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages mit.



Foto: H.-J. Wege

Lüneburg: Neue Oberbürgermeisterin von Lüneburg wird **Claudia Johanna Kalisch**. Die Grünen-Politikerin tritt ihr Amt am 1. November an. Sie folgt auf Ulrich Mädge, der die Geschicke der Stadt seit 1991 leitet und nicht mehr zur Wahl antrat. Der Sozialdemokrat engagiert sich seit 1999 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist er Präsident des Niedersächsischen Städtetages.



Foto: Stephanie Hiekmann

Osnabrück: In Osnabrück wurde **Katharina Pötter** zur neuen Oberbürgermeisterin gewählt. Die Christdemokratin wird ihr Amt am 1. November antreten. Sie folgt auf Oberbürgermeister **Wolfgang Griesert**, der seit 2013 im Amt ist und nicht mehr zur Wahl angetreten war. Der Christdemokrat und Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages ist während der Präsidiumssitzung in Heidelberg aus dem Präsidium verabschiedet worden. Städtetagspräsident Burkhard Jung würdigte seinen Einsatz für die Städte. Griesert engagiert sich seit 2014 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages, seit 2017 ist er stellvertretender Präsident. Er scheidet Ende Oktober aus dem Amt.



Foto: Die Lichtbildmanufaktur



Foto: Anne Hufnagl

Region Hannover: **Steffen Krach** wurde zum neuen Regionspräsidenten der Region Hannover gewählt. Der Sozialdemokrat tritt die Nachfolge des langjährigen Regionspräsidenten Hauke Jagau (SPD) am 1. November an. Jagau hatte sich nach 15 Jahren im Amt nicht erneut zur Wahl gestellt.



Wolfsburg: In Wolfsburg wurde **Dennis Weilmann** zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Der Christdemokrat übernimmt das Amt am 1. November. Er folgt auf Klaus Mohrs, der die Geschicke der Stadt seit 2012 leitet. Der Sozialdemokrat war nicht mehr zur Wahl angetreten.

Wiederwahl



Foto: Stadt Hameln

Hameln: **Claudio Grieser**, Oberbürgermeister von Hameln, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt.



Foto: EUPROMEDIAHOUSE GmbH

Hildesheim: Der Oberbürgermeister von Hildesheim, **Dr. Ingo Meyer** (parteilos), wurde wiedergewählt. Er steht seit 2014 an der Spitze der Stadt Hildesheim.

Geburtstage



Foto: Stadt Oldenburg

Oldenburg: Jürgen Krogmann bleibt Oberbürgermeister von Oldenburg. Der Sozialdemokrat hat das Amt seit 2014 inne und gehört seit 2020 dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an.



Foto: Landeshauptstadt Dresden/Michael Schmidt

Dirk Hilbert (FDP), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, feiert am 23. Oktober seinen 50. Geburtstag. Er steht seit 2015 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagiert sich seit 2018 im Präsidium und seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Stadt Chemnitz, Pressestelle/Kristin Schmidt

Der Oberbürgermeister von Chemnitz, **Sven Schulze**, wird am 16. Oktober 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2020 an der Stadtspitze und ist seit 2021 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: privat

Salzgitter: Oberbürgermeister **Frank Klingebiel**, Stadt Salzgitter, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt. Er engagiert sich seit 2013 im Präsidium und seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist er Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages.



Foto: Stadt Braunschweig/Daniela Nielsen

Ulrich Markurth, Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, wird am 17. Oktober 65 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Spitze der Stadt. Markurth scheidet am 31. Oktober aus dem Amt, da er nicht mehr zur Oberbürgermeisterwahl angetreten ist. Er engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Julian Beekmann

Oberbürgermeister **Prof. Dr. Eckhart Würzner** (parteilos), Stadt Heidelberg, feiert am 10. Oktober seinen 60. Geburtstag. Dr. Würzner leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt. Er ist Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages. Im Präsidium des Deutschen Städtetages engagiert er sich seit 2006 und im Hauptausschuss seit 2007.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de